

Husum, den 25.1.10

„Verengte Sichtweise beim Meeresschutz“

SDN kritisiert Seantor a.D. Grobecker (SPD) / „paramilitärischer Verband“ nie gefordert

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) Auf massive Kritik und Unverständnis stoßen die Aussagen des ehemaligen Senators Claus Grobecker, der im Auftrag der Bundesregierung bei der Havarie der Pallas von 12 Jahren das Schiffsunglück untersucht und Vorschläge für ein verbessertes Sicherheitssystem vorgelegt hatte. In einem Interview der Cuxhavener Nachrichten und Nieder-Elbe-Zeitung hatte der Senator a.D. anlässlich des siebenjährigen Bestehens des Havariekommandos behauptet, seinerzeit wären nur „Hauruckleute“ auf Amrum tätig gewesen, die das Unfallmanagement durchgeführt hatten und angeblich eine „amerikanische Coastguard“ gefordert hätten.

„Eine derartige Äußerung zeigt doch eine ziemlich verengte Sichtweise der Dinge“, sagte der Vorstandssprecher der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN, Hans von Wecheln, gegenüber unserer Zeitung. Niemand wollte seinerzeit eine US-Coastguard, sondern eine Bündelung aller Kräfte für mehr Sicherheit auf See. Die teilweise mangelnde Koordination und verspäteten Einsätze von Bekämpfungsmitteln aus dem Lagezentrum in Cuxhaven hatten zu deutlichem Unmut der Bevölkerung an der gesamten Nordsee geführt. Es sei unverständlich, wie ein Senator nach 10 Jahren seine eigenen Worte „auffresse“, indem er seine eigenen Vorschläge heute negiere und von einem angeblichen „paramilitärischen Verband“ rede, den es zu verhindern gelte.

Fakt sei, so von Wecheln, dass Grobecker selber in der 1. Empfehlung seines damaligen Berichtes an die Bundesregierung vorschlug „...die mit Aufsichtsaufgaben betrauten auf See tätigen Dienste des Bundes (BGS, Zoll, Fischereiaufsicht, WSV) zu einer Einheit mit gemeinsamer Flotte zusammenzufassen Fahrzeuge sind mit gemischtem Personal aus den beteiligten Dienststellen zu besetzen. Die Fahrzeuge werden ... unter der Bezeichnung **Seewache** betrieben.“

Wenn nun Grobecker behauptet, dazu hätte man das Grundgesetz ändern müssen, dann ist diese Aussage faktisch falsch, denn es bedarf lediglich eines Kabinettsbeschlusses, wenn der Bund - und davon sprach der Senator - seine Kräfte auf Bundesebene bündelt.

Diese Forderung wird noch heute von der SDN und den Mitgliedern der Insel- und Halligkonferenz erhoben, weil sie der richtige Weg für eine Deutsche Küstenwache darstellt, in der das Havariekommando als ein wichtiger Baustein mit eingebunden ist. Es frage sich, was daran „paramilitärisch“ sein soll, wenn zivile Behörden sich zu einer besseren Organisationsstruktur zusammenschließen und die SDN fordert Grobecker auf, das zu erklären.

Schließlich hatte dieser selber in seinem Bericht weiter ausgeführt „...die Einsatzgebiete sind räumlich praktisch deckungsgleich...ein Nebeneinander dieser Dienste gewährleistet nach Ansicht der Expertenkommission insbesondere in Notfallsituationen nicht das erforderliche Höchstmaß an Effektivität bei der Aufgabenerledigung. Aus dem gleichen Grund muss im Havariefall auf die Kräfte der Länder zugegriffen werden können...durch eine Zusammenfassung der Schiffe der vorhandenen Dienste zu einer einheitlichen Flotte ergeben sich personelle und sachliche Synergieeffekte, die ein Einsparpotential freisetzen, das zur Stärkung des Unfallmanagements verwendet werden kann...“

Alle diese Ausführungen seien auch heute noch richtig, meint die SDN. Derzeit verhandeln bereits die Bundespolizei und der Wasserzoll über einen Einsatz von gemeinsamen Besatzungen, die aus Effizienzgründen gemeinsam die Aufgaben der Seesicherheit erfüllen sollen. Um letztlich hier auch Kosten zu sparen, sollten daher die Bundesbehörden auch in eine einheitliche Struktur - einer Deutschen Küstenwache - zusammengefasst werden. Die Kostenersparnis insgesamt läge nach Meinung der SDN mittelfristig im dreistelligen Millionenbereich.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!
Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN